

**Mahmut Özdemir**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sportpolitischer Sprecher der SPD-  
Bundestagsfraktion



**Bärbel Bas**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-  
Bundestagsfraktion

Gemeinsame Pressemitteilung der Duisburger MdB Bärbel Bas und Mahmut Özdemir vom 09.02.2021

## **Bund-Länder-Digital-Pakt um 500 Millionen Euro aufgestockt – auch Duisburg profitiert**

Duisburg, 09.02.2021

**Mahmut Özdemir MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-73819  
Fax: +49 30 227-76403  
mahmut.oezdemir@bundestag.de

**Bärbel Bas MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-75607  
Fax: +49 30 227-76607  
baerbel.bas@bundestag.de

Zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie findet nahezu an allen Schulformen in Duisburg Distanzunterricht statt. Dies bedeutet nicht nur eine neue organisatorische Herausforderung für die Lehrenden und Schülerinnen und Schülern, sondern auch für viele Familien. Ganz besonders schwierig ist die Situation für Familien, die nicht die nötigen technischen Geräte haben, die für das sogenannte Homeschooling so fundamental sind. Vor allem, wenn Familien auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen sind. Gerade für diese Kinder ist es jedoch wichtig, dass sie weiterhin einen guten Zugang zu Bildung erhalten. Bereits existierende Bildungsungleichheiten dürfen in dieser kritischen Phase nicht noch weiter verstärkt werden.

„Genau, um diese Ungleichheit zu bekämpfen, hat der Bund den Bund-Länder-Digital-Pakt im Sommer letzten Jahres um 500 Millionen Euro aufgestockt. Die Länder müssen dabei unterstützt werden, Schulen mit digitalen Endgeräten auszustatten, die dann bedürftigen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen“, so Mahmut Özdemir, Bundestagsabgeordneter für den Duisburger Norden und Nordwesten.

In Duisburg ist eine flächendeckende Umsetzung noch nicht gelungen. Das darf nicht zulasten der betroffenen Schülerinnen und Schüler gehen. Aus diesem Grund werden die Jobcenter die Kosten für digitale Endgeräte (zum Beispiel Laptop/Tablet, Drucker) für bedürftige Schülerinnen und Schüler übernehmen, wenn kein anderes Gerät, insbesondere keines vonseiten der Schule, bereitsteht. Die Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern müssen den entsprechenden Bedarf beim Jobcenter geltend machen, der im Regelfall bis zu 350 Euro betragen kann.

"Die Pandemie hat uns einmal wieder gezeigt, dass die Digitalisierung in Deutschland längst nicht ausreichend ausgebaut ist. Digitalisierung muss überall stattfinden, ob beim Amt, in der Bildung oder auch in den privaten Haushalten - überall da, wo es gebraucht wird. Niemand darf aufgrund des Einkommens seiner Eltern vom Unterricht ausgeschlossen werden! Wir übernehmen



Verantwortung, um allen Kindern und Jugendlichen Zugang zum Lernstoff auch während des Homeschoolings zu ermöglichen“, so Bärbel Bas, Duisburger Bundestagsabgeordnete und für Bildung zuständige stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.